

# Wittigs Berlin – Info



29. Oktober 2004

Liebe Bürgerinnen und Bürger,  
liebe Genossinnen und Genossen,

Am 22. Oktober 2002 wurde das 2. Kabinett Gerhard Schröder vereidigt. Jetzt – zwei Jahre später – sechs Jahre nach dem Start 1998 – ist der Zeitpunkt, Halbzeitbilanz zu ziehen.

Wir erinnern uns: Der Wahlsieg war knapp, aber die Mehrheit wollte, dass Rot-Grün eine Politik fortsetzt, die außenpolitisch auf unkalkulierbare Abenteuer verzichtet und innenpolitisch das Land in sozialer Verantwortung erneuert. Diesen Kurs haben wir gehalten und deutlich beschleunigt. Wir haben in den zwei Jahren verstärkt Konsequenzen gezogen. Wir wissen, dass Wachstum nicht – wie in den vierzig Jahren vorher geglaubt – von allein kommt.

Wir haben gelernt, dass es nicht mehr reicht abzuwarten bis die Konjunktur anspringt, die Arbeitslosigkeit sinkt und die Probleme in den Sozialversicherungen sich von allein lösen.

Wir haben gehandelt. Mit der AGENDA 2010 haben wir einen Prozess ausgelöst, mit dem wir Deutschland Zug um Zug erneuern, zurück zu alter wirtschaftlicher Stärke führen. Und die Solidarität in unserer Gesellschaft neu begründen. Unser Weg ist nicht einfach. Es gibt Gegenwind. Die Menschen wissen, dass sich etwas ändern muss. Sie wollen Sicherheit im Wandel und wissen doch, dass es Sicherheit nur durch Wandel gibt.

Warum mussten wir handeln? Schwaches Wachstum, anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, eine alternde Gesellschaft und globaler Wettbewerbsdruck sind die wesentlichen Faktoren, die Druck auf alle Kassen ausüben. Steigende Kosten für die Gesundheit, für die Arbeitslosigkeit und für die Renten müssen bezahlt werden. Auch aus öffentlichen Kassen – mit der Folge, dass Schulden und Zinszahlungen steigen und immer weniger Geld für wichtige Zukunftsinvestitionen in Bildung und Innovationen bleibt. Oder bezahlt aus den Taschen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber mit der Folge, dass die verfügbaren Einkommen sinken und der Binnenmarkt stagniert.

Beides können wir uns nicht länger leisten. Übrigens andere europäische Länder auch nicht. Viele, zum Beispiel Schweden und die Niederlande, haben schon vor Jahren gehandelt und ihre Sozialsysteme umgebaut.

Eure



## Inhalt:

- Null Toleranz gegen Rechtsextremismus und Rassismus
- Bahnverbindungen in der Lausitz
- Jugend und Parlament

## Unterwegs im Wahlkreis:

02.11., 10.-12.00 Uhr; Bürgersprechstunde in Kamenz  
 02.11., 14.-16.00 Uhr; Bürgersprechstunde in Großenhain  
 04.11., 10.-12.00 Uhr; Bürgersprechstunde in Hoyerswerda  
 04.11., 14.-16.00 Uhr; Bürgersprechstunde in Radeberg  
 06.12., 10.00 Uhr; Nikolausfrühstück im Wahlkreisbüro Hoyerswerda  
 09.12., 19.00 Uhr, Fraktion vor Ort mit Wilhelm Schmidt in Kamenz zur Bürgerversicherung (Näheres folgt noch)

## **Null Toleranz gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit**

Vertreterinnen und Vertreter von Initiativen gegen Rechtsextremismus und Rassismus besuchten auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion den Deutschen Bundestag. Bereits seit Mitte der neunziger Jahre engagieren sie sich gegen das verstärkte Auftreten rechtsextremer Gruppierungen in ihrer Region.

In einem Gespräch mit Bundestagspräsident Wolfgang Thierse informierten sie über ihre Arbeit und ihre Probleme vor Ort.

Als Ursache für das Erstarken des Rechtsradikalismus vor Ort nannten die Mitglieder der Initiativen besonders die politische Ignoranz der Entscheidungsträger im Land und in den Kommunen. Sie machten deutlich, besonders in den Schulen das Problem aus unterschiedlichen Gründen ausgeblendet worden sei.

Das Wahlergebnis der NPD bei den Landtagswahlen in Sachsen mache deutlich, dass es in den letzten Jahren zu einer Verfestigung rechtsradikaler Strukturen bis weit in die Mitte der Gesellschaft gekommen sei.

Wir dürfen uns nicht damit abfinden, dass rechtsextremistisches Gedankengut in der Gesellschaft akzeptiert wird: Null Toleranz gegenüber Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit!

Deshalb unterstützt die SPD-Bundestagsfraktion das bürgerschaftliche Engagement gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Genauso notwendig ist es, dass alle politischen Ebenen sich gegen diese Tendenzen engagieren. Das Wegsehen und das Verdrängen der Gefahr des Rechtsradikalismus muss ein Ende haben.

Im Hinblick auf die finanzielle Unterstützung der Arbeit der Initiativen wurde betont, dass es in den nächsten Jahren eine dauerhafte Finanzierung durch Bund, Land und Kommunen kommen muss. Im von der CDU bisher allein regierten Sachsen wurde bisher eine Kofinanzierung gänzlich verweigert.

Ausdrücklich gelobt wurden von den Initiativen die Programme Civitas, Entimon und Xenos, mit denen der Bund die Arbeit der Gruppen mit ermöglicht. Wir haben als SPD-Bundestagsfraktion beschlossen, dass die finanziellen Mittel des Bundes im kommenden Jahr nicht gekürzt werden. Das soll der Kontinuität der Arbeit vor Ort dienen.

## **Sophie Augustin besteht auf dem politischen Parkett**

Auf Einladung der Bundestagsabgeordneten Barbara Wittig (SPD) hat Sophie Augustin aus Wittichenau an der Veranstaltung „Jugend und Parlament“ in Berlin teilgenommen.

Die rund 300 Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet konnten drei Tage lang die „große Politik“ in der Hauptstadt hautnah erleben. Für vielfältige Eindrücke sorgten Diskussionen mit Abgeordneten aller Bundestagsfraktionen, die Beratung fiktiver Gesetzentwürfe in Fraktionen und Ausschüssen sowie eine Plenarsitzung unter dem Vorsitz von Bundestagspräsident Wolfgang Thierse und der Vizepräsidenten. Selbstverständlich blieb nach Abschluss der Tagesarbeit noch Zeit, die Annehmlichkeiten des Großstadtlebens zu genießen.

Die Schülerin des Hoyerswerdaer Lessing-Gymnasiums äußerte sich begeistert über die Veranstaltung. „Ich kann jedem Jugendlichen nur empfehlen, am Programm Jugend und Parlament teilzunehmen. Charakteristisch für diese Veranstaltung ist für mich die Stärkung des Glaubens an die Demokratie gerade in einer Zeit, in der sich viele junge Menschen von der Politik abwenden und vermeintlich einfachen Lösungen anhängen“, so die 16-Jährige.

Hierin liegt auch für die Hoyerswerdaer SPD-Bundestagsabgeordnete Barbara Wittig der eigentliche Wert der Veranstaltung. „Jugend und Parlament ist eine wichtige Institution, um jungen Menschen die Funktionsweisen der Politik und die Arbeit der Bundestagsabgeordneten in Berlin näher zu bringen“.

## **Die Lausitz nicht auf das Abstellgleis schieben**

Mit Entsetzen habe ich die Mitteilung des Verkehrsverbundes Oberelbe (VVO) vernommen, den Personenverkehr auf der Strecke Hoyerswerda-Cottbus einzustellen. Damit wird die direkte Schienenverbindung zwischen zwei Lausitzer Oberzentren ungeachtet der vielfältigen funktionalen Beziehungen zwischen beiden Städten und überdies die bislang schnellste Verbindung nach Berlin gekappt.

Die Entscheidung zeugt gleichermaßen von Kurzsichtigkeit wie Phantasielosigkeit und setzt die unselige Praxis fort, den Schienenpersonennahverkehr auf die Straße zu verlagern. Wer die Verhältnisse auf der B 97 zur Hauptverkehrszeit kennt der weiß, dass auch eine etwaige Schnellbusverbindung niemals einen in Punkto Fahrtzeit und Komfort gleichwertigen Ersatz böte. Es drängt sich der Eindruck auf, als würde unsere Region nach dem vorläufigen Ausbaustopp für die Niederschlesische Magistrale und der geplanten Einstellung der grenzüberschreitenden Interregiozüge nach Polen buchstäblich auf das Abstellgleis geschoben. Ich habe daher den VVO schriftlich aufgefordert, die Entscheidung nach einmal eingehend zu überdenken und auch das Gespräch mit den zuständigen Brandenburger Behörden zu suchen, um die Schienenverbindung dauerhaft zu erhalten.

Weiterhin habe ich bezüglich der Streichung der beiden noch verbliebenen Interregiozüge nach Polen bei Bahnchef Mehdorn interveniert.

Die Entscheidung der Deutschen und Polnischen Bahnen, die beiden noch verbliebenen grenzüberschreitenden Interregio-Verbindungen von Sachsen nach Polen mit dem Fahrplanwechsel Mitte Dezember zu streichen, habe ich mit Befremden zur Kenntnis genommen. Deshalb wandte ich mich schriftlich an den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG, Hartmut Mehdorn, und bat ihn eindringlich, diese Entscheidung zu überdenken. Vor dem Hintergrund des EU-Beitritts Polens halte ich es für fatal, die grenzüberschreitenden Schienenverbindungen zu kappen und damit die Lausitz vom überregionalen Bahnverkehr abzuhängen. Die von der Bahn als Grund angeführte schlechte Auslastung liegt meines Erachtens auch an der ungünstigen Fahrplanlage der beiden noch verbliebenen Züge, die nicht dazu angetan ist, die Strecke für Fahrgäste attraktiver zu machen. Die Bahn muss endlich begreifen, dass sie nur dann Erfolg haben wird, wenn sie flächendeckend attraktive Verbindungen anbietet und nicht nur den ICE-Verkehr zwischen den Großstädten im Auge hat. Über den weiteren Gang der Dinge werde ich in einer der nächsten Ausgaben berichten.

**Höhepunkt jedes Berlin-Besuchs: Vor der Reichstagskuppel mit einer Besuchergruppe aus dem Wahlkreis am 1. Oktober 2004.**

